Deutscher Bundestag **Drucksache 16/7014**

16. Wahlperiode 07. 11. 2007

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Joachim Günther (Plauen), Jan Mücke, Horst Friedrich (Bayreuth), Patrick Döring, Jens Ackermann, Dr. Karl Addicks, Christian Ahrendt, Daniel Bahr (Münster), Uwe Barth, Rainer Brüderle, Angelika Brunkhorst, Mechthild Dyckmans, Jörg van Essen, Otto Fricke, Dr. Edmund Peter Geisen, Hans-Michael Goldmann, Dr. Christel Happach-Kasan, Heinz-Peter Haustein, Birgit Homburger, Dr. Werner Hoyer, Hellmut Königshaus, Dr. Heinrich L. Kolb, Gudrun Kopp, Jürgen Koppelin, Heinz Lanfermann, Sibylle Laurischk, Ina Lenke, Michael Link (Heilbronn), Markus Löning, Patrick Meinhardt, Burkhardt Müller-Sönksen, Hans-Joachim Otto (Frankfurt), Detlef Parr, Cornelia Pieper, Jörg Rohde, Marina Schuster, Dr. Hermann Otto Solms, Dr. Max Stadler, Dr. Rainer Stinner, Carl-Ludwig Thiele, Florian Toncar, Christoph Waitz, Dr. Volker Wissing, Hartfrid Wolff (Rems-Murr), Dr. Guido Westerwelle und der Fraktion der FDP

zu der Beratung der Unterrichtung durch die Bundesregierung – Drucksache 16/6500 –

Jahresbericht der Bundesregierung zum Stand der deutschen Einheit 2007

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Auch der Jahresbericht zum Stand der deutschen Einheit 2007 macht deutlich, dass der so genannte Aufbau Ost noch lange nicht bewältigt ist. Absolut betrachtet geht es am ostdeutschen Arbeitsmarkt bergauf, aber dennoch ist noch keine grundlegende Besserung zu verzeichnen. Noch immer ist die Arbeitslosenquote in den neuen Ländern doppelt so hoch wie im Westen. Das Wirtschaftswachstum geht nicht in dem Maße voran, dass die neuen Länder zu den alten Bundesländern aufschließen könnten. Seit 1995 ist das Bruttoinlandsprodukt (BIP) in Westdeutschland real um 16,9 Prozent gestiegen, im Osten um 16,3 Prozent. Nach wie vor brauchen wir dringend ein Gesamtkonzept für den Wirtschaftsaufschwung in den neuen Ländern. Der Aufbau Ost erhält dann neue Antriebskraft, wenn er als gemeinsame Aufgabe Gesamtdeutschlands betrachtet wird. Das bedeutet, dass sowohl die Bundesregierung als auch die Landesregierungen aufgefordert sind, ihr Engagement für den Aufbau Ost erheblich zu steigern. Dabei geht es nicht um die Bereitstellung zusätzlicher finanzieller Mittel – hier soll es bei den Zusagen aus dem Solidarpakt II bleiben –, sondern vielmehr um den zielgerichteten Einsatz dieser Mittel. Wachstumspotenziale müssen gefördert, Infrastrukturlücken geschlossen, Existenzgründungen in besonderem Maße gefördert und vor allem Bürokratie beseitigt werden. Die Länder brauchen mehr

Spielräume für eigene Wege, damit die regional noch vorhandenen günstigen Standortfaktoren, wie das Vorhandensein qualifizierter Arbeitskräfte, die Flexibilität der Tarifvertragspartner, die moderne Infrastrukturausstattung, schnelle Genehmigungsverfahren zu weiteren Unternehmensansiedlungen führen. Nicht jede Investition bürgt für Fortschritt und Wirtschaftswachstum. Deshalb ist eine stärkere Förderung von Investitionen über die GA-Mittel und nicht durch gesetzlich garantierte Investitionszulagen in den Fokus zu nehmen. Die Stärkung von Wachstumskernen fördert Wirtschaftswachstum und führt damit zur Schaffung von Arbeitsplätzen. Die demografische Entwicklung sowie die andauernde Abwanderung von Ost nach West werden die Probleme in den neuen Ländern noch weiter verschärfen. Die Zahl der Erwerbstätigen wird in den nächsten fünf bis zehn Jahren dramatisch sinken, die Zahl der Hochqualifizierten wird weiter abnehmen, die Zahl der Geringqualifizierten dagegen wird weiter zunehmen.

Die Lösung aller Probleme bedarf eines Gesamtkonzepts. Dieses muss auch Lösungen für strukturschwache Regionen, die keine Wachstumskerne haben und nach den gegebenen Umständen auch nicht mit Unternehmensansiedlungen rechnen können, enthalten. Die Menschen in den neuen Ländern haben auch diesbezüglich ehrliche Antworten verdient.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. die Effizienz der einzelnen Förderprogramme zur Innovationsförderung in den neuen Bundesländern genauer zu evaluieren und daraufhin ein Gesamtkonzept der Innovationsförderung zu entwickeln mit dem Ziel, eine möglichst unbürokratische und einfache Struktur der Innovationsförderung zu erreichen. Modellprojekte wie der Innovationswettbewerb „Wirtschaft trifft Wissenschaft“ sind bei nicht nachgewiesenem Nutzen zu streichen;
2. Modellregionen für Deregulierung und Bürokratieabbau zuzulassen, in denen es den Ländern durch die befristete Aussetzung bundesgesetzlicher Regelungen über Länderöffnungsklauseln, insbesondere im Bau-, Tarif- und Arbeitsrecht ermöglicht wird, eigene Wege zu gehen (Bundestagsdrucksache 15/3202);
3. die Förderung durch die Investitionszulage nach 2009 zugunsten der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW) zurückzuführen. Im Gegensatz zur Investitionszulage, auf die ein Rechtsanspruch besteht, kann die GRW-Förderung zielgenauer eingesetzt werden. Dennoch ist auch die GRW-Förderung auf ihre Effizienz hin genauer zu überprüfen und gemeinsam mit den Ländern zu optimieren;
4. die neuen Länder bei der Ansiedlung von Großforschungseinrichtungen, wie in der Koalitionsvereinbarung zwischen CDU, CSU und SPD zugesagt, aktiv zu unterstützen, um sie damit zugleich in die Lage zu versetzen eigene Bildungs- und Forschungsakzente zu entwickeln und die eigenen Hochschulen und Forschungsinstitute international wettbewerbsfähig zu machen;
5. bei der Förderung ländlicher Regionen andere Maßstäbe anzulegen als bei strukturstarken Gebieten. Insbesondere ist der Anbindung an Entwicklungszentren und der Förderung der für den ländlichen Raum wichtigen Wirtschaftszweige wie Handwerk, Tourismus, Land- und Forstwirtschaft Rechnung zu tragen. Die Investitionsförderung in der Breite muss zugunsten der Schwerpunktförderung weiter zurückgeführt werden;
6. das „Liberale Bürgergeld“ einzuführen, um insbesondere der Vielzahl von Geringverdienern ein menschenwürdiges Leben zu ermöglichen;

7. darauf hinzuwirken, dass die Mittel des Solidarpakts ausschließlich für Infrastrukturmaßnahmen verwendet werden.

Berlin, den 6. November 2007

Dr. Guido Westerwelle und Fraktion



Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Telefax (02 21) 97 66 83 44
ISSN 0722-8333